

## Gleiche Rechte beim Bau von Kirchen und Moscheen

**Veranstaltungsform:** Vorlesung (ca.50 Teilnehmer)

**Partner:** Development and Human Rights Program (DHRP)

**Zeit/Ort:** 20. Februar 2008

**Zielgruppe:** Studenten/Studentinnen

### 1. Programmübersicht

Mittwoch, 20. Februar 2008

**Dr. Kamal El Menoufy**, Professor für Politikwissenschaften, Direktor DHRP, Kairo Universität

**Dr. Jamal Zahran**, Professor für Politikwissenschaften

**Dr. Sameh Fawzy**, Professor für Politikwissenschaften, Kairo Universität

### 2. Zielsetzung

Das akademische Format der Ringvorlesung ist in Ägypten bislang weitgehend unbekannt. Um diesem Vorlesungsformat zu größerer Popularität zu verhelfen, veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Vorlesungsreihe mit verschiedenen Beiträgen aus den Bereichen „Menschenrechte und Zivilgesellschaft“. Monatlich werden Experten und Praktiker Vorträge halten und anschließend zur Diskussion zur Verfügung stehen. Teil eins der Reihe befasste sich mit dem Thema „Gleiche Rechte beim Bau religiöser Kultstätten“.

Demokratie in Ägypten. Die Tatsache, dass Christen und Muslime beim Bau religiöser Kultstätten in Ägypten nicht gleich behandelt würden, zeige deutlich, dass der Demokratisierungsprozess in Ägypten noch einen langen Weg vor sich habe.

**Jamal Zahran** stimmte dem zu und betonte, dass der Mangel an Demokratie nicht immer Grund für ungleiche Bedingungen beim Kirchen- und Moscheebau sei. Die Frage der Benachteiligung ägyptischer Christen bei der Vergabe von Baulizenzen gegenüber ihren muslimischen Mitbürgern sorgte für heftige Diskussionen und habe bereits mehrmals zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Christen und Muslimen geführt. Er erinnerte an die religiös motivierten Auseinandersetzungen von Al Ayyat<sup>1</sup>,

### 3. Ablauf



**Kamal El Menoufi** betonte einleitend die Bedeutung der Religionsfreiheit für die

<sup>1</sup> Am 11. Mai 2007 kam es in Al Ayyat, Gizeh zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen, nachdem sich das Gerücht des Ausbaus einer Kirche verbreitet hatte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

20. Februar 2008

www.kas.de

bei denen viele Muslime und Christen verletzt und inhaftiert wurden.

Zahran wies darauf hin, dass dieses Problem nicht einfach durch eine Verfassungsänderung bzw. eine Abschaffung des Artikels 2, welcher Ägypten als ein islamisches Land identifiziert, zu beseitigen sei. Er fügte hinzu, dass es zu den Grundrechten eines jeden Bürgers gehöre, gleiche Konditionen für den Bau religiöser Kultstätten zu haben. Viele Christen behaupteten, dass eine Lizenz zum Kirchenbau nur sehr schwer zu bekommen sei, während dem Bau einer Moschee selten Steine in den Weg gelegt würden. Von christlicher Seite werde deshalb eine Gesetzesänderung gefordert. Das alte Gesetz aus dem neunzehnten Jahrhundert verlangte noch die Zustimmung des Staatsoberhauptes. Obwohl dies nach einer Neufassung jetzt nicht mehr der Fall ist und lediglich die Erlaubnis des jeweiligen Gouverneurs vorliegen muss, habe sich an der Situation wenig geändert. Der Kirchenbau sei immer noch mit extremen Schwierigkeiten verbunden. Selbst wenn eine Lizenz erteilt würde, zögen sich die nachfolgenden bürokratischen Prozesse oftmals endlos in die Länge. Dies sei beim Moscheebau nicht der Fall. Viele Muslime bestritten diese Beobachtung und verwiesen auf eine Gleichbehandlung von Kirchen- und Moscheebauprojekten in Ägypten.

**Sameh Fawzy** betonte anschließend, dass es bei den anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen um mehr als um den Bau von Kirchen und Moscheen ginge. Viele Ägypter definierten sich hauptsächlich durch ihre Glauben und stellten das Prinzip der Staatsbürgerschaft zurück. Um dem entgegenzuwirken, sei es überaus wichtig, religiös motivierte Identitätsfindung durch das Konzept der Staatsbürgerschaft zu ersetzen.

#### 4. Schlussfolgerung

Die anhaltenden Diskussionen um den Moscheen- bzw. Kirchenbau verdeutlichen, in welchem Ausmaß sich die Identitätsfindung in Ägypten mittlerweile auf religiöser Ebene abspielt. Die Bedeutung des Konzepts der Staatsbürgerschaft ist einem Großteil der ägyptischen Bevölkerung dagegen weitgehend unbekannt. Der Vortrag machte deutlich, dass den gewalttätigen Ausschreitun-

gen wesentlich subtilere Ursachen zugrunde liegen als lediglich Unstimmigkeiten über den Bau von Moscheen bzw. Kirchen. Die abschließende Diskussion mit dem Publikum machte vor allem deutlich, dass in Ägypten eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen Individuum und Staat notwendig ist.